



Angaben Mitteilende(r)

Vor- und Familienname /
Firma und FN:

Adresse:

Telefon:

E-Mail:

(Bei **juristischen Personen** ist dem Ansuchen ein *Auszug aus dem Firmenbuch* beizulegen)

Meldepflichtige Vorhaben gemäß § 21 STMK. Baugesetz idgF.

Meldepflichtige Vorhaben sind **VOR** ihrer Ausführung der Gemeinde schriftlich mitzuteilen.

An die

Baubehörde erster Instanz
der Gemeinde HOFSTÄTTEN a. d. RAAB

Gemäß § 21 des Steiermärkischen Baugesetzes (BauG), LGBl. Nr. 59/1995 idgF, wird von dem/der Mitteilenden folgendes Vorhaben¹ auf dem/den

Grundstück/en Nr.: **EZ.:** **KG²:**
mitgeteilt:

Ort:

Datum:

Unterschrift:

Ort:

Datum:

Unterschrift:

¹) Siehe „Merkblatt zu meldepflichtigen Vorhaben“

²) Wetzawinkel (68157), Hofstätten (68120), Pirching (68137), Wünschendorf (68161)

Erforderliche Unterlagen

(§21 Abs. 3 Stmk BauG)

- die Grundstücksnummer
- die Lage am Grundstück
- eine kurze Beschreibung des Vorhabens

Bei Vorhaben gem. § 21 Abs. 2 Z 1 und 3 Stmk BauG zusätzlich
(Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Garagen/ von Hauskanalanlagen):

- planliche Darstellung (Lageplan im Maßstab 1:1000)
- erforderliche Grundrisse und Schnitte im Maßstab 1:100
- eine Bestätigung eines befugten Planverfassers über die Einhaltung der bautechnischen Anforderungen

Bei Vorhaben gem. § 21 Abs. 2 Z 2 Stmk BauG zusätzlich zu Z 1
(ortsfeste Aufstellung von Motoren, Maschinen, Apparaten oder Ähnlichen im Inneren eines geschl. Gebäudes)

- Nachweis über die Einhaltung des Schalleistungspegels durch das technische Datenblatt

Nach Fertigstellung des **Vorhabens nach Abs. 2 Z 3 (Hauskanalanlagen und Sammelgruben)** ist der Gemeinde eine Dichtheitsbescheinigung über die Erprobung und Funktionsfähigkeit der Hauskanalanlagen und Sammelgruben eines Sachverständigen oder befugten Unternehmers vorzulegen.

Telefonische Erreichbarkeit

Tel. Nr. des/der Antragstellers/in

Tel. Nr. des/der Planverfassers/in

Merkblatt zu meldepflichtigen Vorhaben

(1) Zu den meldepflichtigen Vorhaben gehört die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von:

1. **Nebengebäuden** (mit Ausnahme von Garagen), Fütterungseinrichtungen bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m², landesüblichen Zäunen, Folientunnel, Hagelnetzanlagen, Flachsilos, Beregnungsanlagen u. dgl., jeweils nur im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft, sofern keine Nachbarrechte im Sinne des § 26 Abs. 1 Z 1 und 2 berührt werden;

2. **kleineren baulichen Anlagen**, wie insbesondere

a) für die Verwertung (Kompostierung) von biogenem Abfall im Sinne des Steiermärkischen Abfallwirtschaftsgesetzes; wie insbesondere **Kleinkompostieranlagen** für Gebäude mit nicht mehr als sechs Wohnungen;

b) **Abstellflächen** für Krafträder oder Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von je 3500 kg bis zu einer Gesamtfläche von 40 m² und den dazu erforderlichen Zu- und Abfahren, Fahrradabstellanlagen sowie Schutzdächer (Flugdächer), mit einer überdeckten Fläche von insgesamt höchstens 40 m², auch wenn diese als Zubau zu einem Gebäude ausgeführt werden, samt allfälligen seitlichen Umschließungen, die keine Gebäudeeigenschaft (§ 4 Z. 29) bewirken;

c) **Skulpturen und Zierbrunnenanlagen** bis zu einer Höhe von 3,0 m inklusive Sockel, kleineren sakralen Bauten sowie Gipfelkreuzen;

d) **Wasserbecken** bis zu insgesamt 100 m³ Rauminhalt, Saisonspeichern für solare Raumheizung und Brunnenanlagen sowie Anlagen zur Sammlung von Meteorwasser (Zisternen);

e) **luftgetragenen Überdachungen** bis zu insgesamt 100 m² Grundfläche;

f) **Pergolen** bis zu einer bebauten Fläche von 40 m², Klapotetzen, Maibäumen, Fahnen- und Teppichstangen, Jagdsitzen sowie Kinderspielgeräten;

g) **Nebengebäude** im Bauland bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m²;

h) **Gewächshäusern** bis zu 3,0 m Firsthöhe und bis zu einer Gesamtfläche von insgesamt 40 m²;

i) **Parabolanlagen** sowie Hausantennenempfangsanlagen im Privatbereich; Mikrozellen zur Versorgung von Geländeflächen mit einem Durchmesser von 100 m bis 1 km und Picozellen für Mobilfunkanlagen zur Versorgung von Geländeflächen mit einem Durchmesser bis 100 m, samt Trag- und Befestigungseinrichtungen;

j) **Telefonzellen und Wartehäuschen** für öffentliche Verkehrsmittel;

k) **Stützmauern** mit einer Ansichtshöhe von nicht mehr als 0,50 m über dem angrenzenden natürlichen Gelände einschließlich der damit im unmittelbar angrenzenden Bereich erforderlichen geringfügigen Geländeanpassung;

l) **Loggiaverglasungen** einschließlich der erforderlichen Rahmenkonstruktion;

m) **Garten- und Gerätehütten** samt Erdlager bei zusammengefassten Kleingartenanlagen gem. § 33 Abs. 5 Z 5 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010, für die ein Gesamtkonzept erstellt wurde, in Übereinstimmung mit den darin festgelegten Vorgaben jeweils bis zu einer Gesamtfläche von maximal 40 m² je Nutzungseinheit;

n) **Einfriedungen** bis zu einer Höhe von 1,5 m jeweils über dem angrenzenden natürlichen Gelände;

o) **Solar- und Photovoltaikanlagen** bis zu einer Kollektorleistung von insgesamt nicht mehr als 50 kWp (Kilowatt Peak); dabei dürfen Anlagen und ihre Teile eine Höhe von 3,50 m nicht überschreiten;

p) **Umspann- und Kabelstationen**, soweit es sich um Gebäude mit einer bebauten Fläche von nicht mehr als 40 m² handelt;

3. **kleineren baulichen Anlagen und kleineren Zubauten**, jeweils im Bauland, soweit sie mit den in Z. 2 angeführten Anlagen und Einrichtungen hinsichtlich Größe, Verwendungszweck und Auswirkungen auf die Nachbarn vergleichbar sind;

4. **Baustelleneinrichtungen**, einschließlich der zum vorübergehenden Aufenthalt dienenden Unterstände sowie die Aufstellung von Werbetafeln der bauausführenden Firmen sowie von Förderstellen, für die Dauer der jeweiligen Baudurchführung, längstens jedoch bis zwei Wochen nach der Baufertigstellung;

4a. die **Verwendung von Gerüsten und Netzen zu Werbezwecken** für die Dauer der Fassadensanierung bis spätestens zwei Wochen nach der Fertigstellung der Fassadensanierung;

5. **Feuerungsanlagen** für feste und flüssige Brennstoffe bis zu einer Nennheizleistung von 8,0 kW, sofern Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne des Steiermärkischen Feuerungsanlagengesetzes 2016 vorliegen;

5a. **Gasanlagen**, die keiner Bewilligungspflicht nach dem Steiermärkischen Gasgesetz unterliegen, Feuerungsanlagen jedoch nur dann, wenn Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne des Steiermärkischen Feuerungsanlagengesetzes 2016 und der Gasgeräte-Sicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 430/1994, vorliegen, sonstige Gasgeräte, die keine Feuerungsanlagen sind, jedoch nur dann, wenn Nachweise über das ordnungsgemäße Inverkehrbringen im Sinne der Gasgeräte-Sicherheitsverordnung, BGBl. Nr. 430/1994, vorliegen;

6. **Werbe- und Ankündigungseinrichtungen von Wählergruppen**, die sich an der Wahlwerbung für die Wahl zu einem allgemeinen Vertretungskörper oder zu den satzungsgebenden Organen einer gesetzlichen beruflichen Vertretung, für die Wahl des Bundespräsidenten oder für Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen auf Grund landes- oder bundesgesetzlicher Vorschriften beteiligen, innerhalb von sechs Wochen vor dem Wahltag oder dem Tag der Volksabstimmung, der Volksbefragung oder des Volksbegehrens bis spätestens zwei Wochen danach.

7. **Werbe- und Ankündigungseinrichtungen**, die an bestehenden baulichen Anlagen angebracht werden und eine Gesamtfläche von insgesamt höchstens 2,0 m² aufweisen, sofern keine Verordnung nach § 11 a Abs. 2 besteht;

8. bauliche Anlagen für **Paketservicesysteme** mit Rauminhalten über 1,0 m³.

(2) Meldepflichtig sind überdies:

1. die **Errichtung, Änderung oder Erweiterung von Garagen** für Krafträder oder Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht von je 3 500 kg bis zu einer bebauten Fläche von insgesamt 40 m², auch wenn sie als Zubau zu einem Gebäude ausgeführt werden, und der dazu erforderlichen Zu- und Abfahrten;
2. die **ortsfeste Aufstellung von Motoren, Maschinen, Apparaten** oder Ähnlichem im Inneren eines geschlossenen Gebäudes mit einem Schalleistungspegel von maximal 80 dB;
3. die Errichtung, Änderung oder Erweiterung von **Hauskanalanlagen und Sammelgruben**;
4. der Einbau von **Treppenliften**;
5. der **Umbau einer baulichen Anlage oder Wohnung**, der keine Änderung der äußeren Gestaltung bewirkt, sowie Änderungen der räumlichen Nutzungsaufteilung einer bestehenden Wohnung;
6. die **Lagerung von Treibstoffen bis 500 l** in zulässigen Lagersystemen durch anerkannte Einsatzorganisationen;
7. die **Lagerung von Heizöl bis 300 l**;
8. der **Abbruch** aller nicht unter § 20 Z 6 fallenden baulichen Anlagen (Nebengebäude);
9. der **Umbau einer baulichen Anlage**, sofern es sich dabei ausschließlich um wärmetechnische Optimierungen der Gebäudehülle bei bestehenden Gebäuden, sowie um geringfügige Änderungen in Größe, Form und Situierung beim Austausch von Fenstern, oder um eine Fassadenfärbelung handelt.

*Meldepflichtige Vorhaben sind **VOR** ihrer Ausführung der Gemeinde schriftlich mitzuteilen.*

*Durch meldepflichtige Vorhaben dürfen Bau- und Raumordnungsvorschriften, wie insbesondere festgelegte Bauflucht-, Baugrenz- und Straßenfluchtlinien, sowie die Vorschriften über Abstände **nicht** verletzt werden.*